

„Simulative Demokratie“ – über die Aushöhlung rechtsstaatlicher Verfahren

Vortrag im Rahmen des Symposiums „Rechtsstaat und Demokratie in der Krise – Analysen und Ausblick“

KRiStA – Netzwerk Kritische Richter und Staatsanwälte n.e.V
Halle, 21. Oktober 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit einiger Zeit reden viele über Demokratie, merken dass sich demokratische Grundfeste irgendwie verschoben haben und möchten die Demokratie wiederbeleben. Stiftungsfinanzierte Netzwerke, wie etwa „*Faktor D – Hub für Demokratie*“, mobilisieren mit Slogans wie „*Generation Mitgestaltung*“ und wenden sich an Jugendliche in kommunalen Räumen. Demokratie, so lernen wir, ist vor allem *mitmachen. Partizipieren*. Es geht also um die Form der Demokratie, weniger um Inhalte.

Ich möchte hier die Frage der „simulativen Demokratie“ stellen und in rund 45 Minuten erörtern, was wir eigentlich tun, wenn wir über Demokratie diskutieren, denn dieses Tun klingt anders als jenes „*mehr Demokratie wagen*“ von Willy Brandt aus den 1970er Jahren, dem eine Aufbruchstimmung, eine Gemeinsamkeit, eine Zukunft innewohnte.

Heute hingegen ist schnell erkennbar, dass unterschiedliche Vorstellungen von Demokratie plausibel werden. Von Polarisierung der Gesellschaft ist die Rede, sogar der Begriff Bürgerkrieg fällt von Zeit zu Zeit: *Stasis: Oublier la Guerre Civile*, so heißt ein Buch der französischen Politikwissenschaftlerin Ninon Gangé schon von 2015. *Stasis*, das heißt übersetzt „Stockung“: die Gesellschaft ist „gestockt“, wie ranzige Milch, die im Kaffee weiß flockt und sich nicht mehr in der schwarzen Flüssigkeit verrühren lässt.

Die Mehrheit interpretiert Demokratie majoritär. Die Minderheit betont hingegen *checks and balances*, den Schutz von Minderheiten und die Gefahr einer Tyrannei der Mehrheit. Die Mehrheit möchte durchregieren, also das durchsetzen, wofür sie gewählt ist. Die Minderheit möchte das Durchregieren der Mehrheit verhindern. Diese augenfällige Krise der Repräsentation führt direkt in die Konfrontation zwischen Straße und Parlament, man könnte auch sagen: in die Neuauflage der Rousseau’schen *Volonté de Tous* gegen die *Volonté Générale*.

Die einen sagen Demokratie und meinen Volkssouveränität. Die anderen sagen Demokratie und meinen Gewaltenteilung. Seit einiger Zeit behaupten die, die Gewaltenteilung sagen, dass Volkssouveränität alleine ja noch keine wirkliche Demokratie ausmache – sondern, ganz im Gegenteil, von ihr eine Gefährdung der Demokratie ausgehe. Und das stimmt ja auch: Die Mehrheit der Straße, das wusste schon Aristoteles, ist kurz vor der Tyrannei. Wenn Demokratie nur eine Mehrheit wäre, dann wären sowohl die ehemalige DDR oder der

Chinesische Volkskongress die demokratischsten Einrichtungen der Welt, dort gibt es immer mindestens 90%-Zustimmungsraten, ob echt oder getürkt. Demokratie, laut unseren Lehrbüchern, das ist Wahl, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz und Meinungspluralismus, um einmal die Kernelemente zu nennen. Aber sie funktioniert irgendwie nicht mehr.

Meine – wenn sie so wollen, „*steile These*“ wäre – dass die aktuellen Diskussionen über Demokratie – wie wir sie heute hier führen - *gemeinsame Trauerarbeit* ist, und zwar darüber, dass wir die Demokratie, wie wir sie kannten, verloren haben. In Diskussionen wie heute betauern wir unseren Phantomschmerz und vermessen den gesellschaftlichen Schrecken über den Verlust. Es erinnert mich an ein Gedicht von Erich Kästner aus seiner Lyrik für den Alltagsgebrauch über ein Ehepaar, dass die Liebe verloren hat. Bei Kästner heißt es in der entscheidenden Verszeile: „...*da kam ihnen die Liebe abhanden wie andern Leuten Stock oder Hut. Und so rührten sie in ihren Tassen und konnten es beide nicht fassen.*“ So etwa stehen wir als Gesellschaft heute da, schauen betreten auf das Grundgesetz, fragen uns, was daraus geworden ist – und können es nicht fassen.

Ich möchte betonen, dass dieser Prozess der natürliche ist, wenn etwas verloren geht, das keinen Preis, aber einen hohen Wert hat, ein Gut also, das nicht beziffert werden kann, weswegen es buchstäblich *unbezahlbar* ist: Ob Liebe oder Demokratie, ob Freiheit oder Europa, ob Gesundheit oder Friede, alles unsichtbare Dinge: wenn etwas so Wertvolles, so Grundsätzliches verloren geht, merkt man es immer zu spät, gerade weil man – zumindest wir „im Westen“ – diese Dinge wie ein gesellschaftliches Grundrauschen, so selbstverständlich wie Wasser im Hahn, genommen haben. Dass der Frieden weg ist, bemerkt man erst in Kriegszeiten, was Freiheit überhaupt ist, merkt man erst im Lockdown und erst, wenn man durch eine Krebsdiagnose angezählt ist, denkt man an Schopenhauer: *Ohne Gesundheit ist alles nichts.*

Meine Damen und Herren,

die Politikwissenschaft ist eine Wissenschaft, auf die niemand hört, und die – obgleich sie ähnlich präzise ist wie die zumeist völlig unpräzise Wirtschaftswissenschaft – keinen „Sachverständigenrat“ ihr Eigen nennt, diese Politikwissenschaft hat seit mindestens fünfzig Jahren über die strukturelle Unvereinbarkeit von Demokratie und Kapitalismus nachgedacht, beginnend mit Johannes Agnoli in den 1960er Jahren. In den 1990er Jahren bereits analysierte Richard Rorty die Unteilbarkeit des Liberalismus, was notwendigerweise, wenn Sozial- und Christ- und Freie Demokraten in den sogenannten „liberalen Demokratien“ zusammenklumpen würden, zu permanenten „großen Koalitionen“ führe (heute genannt: „Ampel“), gegen die dann irgendwann „die Straße“ (das Volk, der Plebs, der Mob...) aufbegehren würde. Ebenfalls schon in den 1990er hat die kritische Politikwissenschaft - die an den heutigen Bologna-Universitäten natürlich abgeschafft ist – herausgearbeitet, dass Demokratie im Grunde nichts anderes ist, als ein perfekter Selbstbedienungsladen, der meritokratischen Eliten mit asymmetrischem Machtzugang erlaubt, ihre Spielchen so treiben, so dass das Geld – wohlgerne staatliches Geld, also Steuergeld - über geschickte, dissimulierte Beeinflussung von Gesetzgebungsverfahren, immer in ihre eigenen Taschen fließt.

In den 2000er Jahren, genau 2006, machte Colin Crouch mit dem Begriff der „Postdemokratie“ einiges Aufhebens; 2016 folgte Ingolfur Blühdorn mit dem Topos der

„Simulativen Demokratie“, zwei Jahre später, 2018, also noch vor Corona, beschrieben Steven Levitsky & Daniel Ziblatt den Auflösungsprozess von Demokratien in ihrem Bestseller: „*Wie Demokratien sterben*“, wobei zu betonen ist, dass selbst die Ankündigung der Auflösung der Demokratie – Stichwort: Bestseller (!) – kapitalisiert werden musste. Kurz: man hätte auf die Politikwissenschaft hören können: sie wusste seit langem, was kommt und sie hat es akkurat beschrieben, nämlich die Entkernung der Demokratie durch das Kapital, so dass sie heute eben nur noch eine leere Hülle ist.

Die Kritik an westlichen Demokratien parlamentarisch-repräsentativer Prägung oder gar ihre Infragestellung ist also kein neues Phänomen. Neu ist eher, dass die Debatte die Mitte der Gesellschaft zu erreichen scheint. Charles Wright Mills Buch „*Die Machtelite*“ von 1956 liest sich retrospektiv, als wäre es gestern geschrieben worden. 1967 analysierte der bereits erwähnte Johannes Agnoli in seinem Buch „*Die Transformation der Demokratie*“, die Demokratie entwickle sich zugunsten einer „Wirtschaftsoligarchie“, also zu einer vor-/antidemokratischen Struktur. Diese Form der Rückbildung nennt er – gegensätzlich zur Evolution – „Involution“ und erläutert: „*In den parlamentarisch regierten Ländern wird die Involution allgemein dadurch gekennzeichnet, dass sie sich nicht gegen die alten Verfassungsnormen und -formen durchsetzen will, sondern tendenziell sich ihrer zu bedienen versucht.*“ Anders formuliert: die Demokratie wird mit ihren eigenen Mitteln gekapert, und zwar so sublimiert, dass es keiner merkt, weil die demokratische Oberfläche sozusagen nicht beschädigt wird. *La Démocracie contre elle-même*, die Demokratie gegen sich selbst, so hat es der konservative französische Historiker Marcel Gauchet ausgedrückt, womit wir nur kurz streifen wollen, dass der bundesdeutsche Zustand keine Ausnahmeerscheinung ist. Populär in einer Rezension zusammengefasst wurde das Buch Agnolis 1968 von Sebastian Haffner, der in diesem Kontext im Jahr 2004 ausführte:

„Nominell leben wir in einer Demokratie. Das heißt: Das Volk regiert sich selbst. Tatsächlich hat, wie jeder weiß, das Volk nicht den geringsten Einfluss auf die Regierung, weder in der großen Politik noch auch nur in solchen administrativen Alltagsfragen wie Mehrwertsteuer und Fahrpreiserhöhung“

Das Volk, so Haffner, sei demnach entmachtet. Es habe die eigene Entmachtung akzeptiert und sogar liebgewonnen - zumindest, so möchte man heute hinzufügen, solange Konsum preiswert, halbwegs würdige Arbeit verfügbar und heizen bezahlbar war.

Die erste – gar nicht zynische Frage – wäre darum zu klären, ob der heute bemerkbare Unmut der Bevölkerung, das fühlbare Ressentiment, der messbare Rückgang an Vertrauen in Institutionen und in die parlamentarische Demokratie sich wirklich darauf richtet, dass wir die *repräsentative Demokratie* verloren haben, weswegen heute alle *partizipieren* wollen? Untersuchungen zufolge ist die Zufriedenheit und das Vertrauen der Bürger in den meisten westlichen Demokratien gegenüber ihren Regierungen, Regierungsvertretern sowie entsprechenden politischen Institutionen seit ca. 1975 stetig gesunken. Explizit für die Bundesrepublik Deutschland belegen Zahlen aus dem „Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie“, dass 1978 noch 55 Prozent der Deutschen Vertrauen in die Interessensvertretung durch die Bundestagsabgeordneten hatten. Schon im Jahr 1992 lag dieser Anteil der Bürger nur noch bei 34 Prozent. Auch die „Politikverdrossenheit“ ist also kein neues Phänomen.

Oder richtet sich der heutige Unmut nur darauf, dass zumindest die aktuelle Regierung nicht mehr in der Lage scheint, jene unbezahlbaren Güter – Friede, Freiheit, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit – herzustellen, die wir gewohnt waren? Sollte letzteres zutreffen, müssten wir nicht über die *Form* der Demokratie sprechen und neue, basisdemokratische Konzepte der Partizipation entwickeln, wie sie allenthalben *en vogue* sind; sondern die Demokratie an sich wäre noch in Ordnung. Wir müssten „nur“ eine „vernünftige Regierung“ wählen, die in der Lage ist, die oben erwähnten Güter für die Gesellschaft wieder herzustellen. Welche *Form* diese Demokratie hat, wären den meisten Bürgern, deren Gemeinwohlinteresse beim Tatort oder der Bundesliga endet, dann wohl egal.

Daran an schließt sich die zweite, spannende Frage: ist die Demokratie und sind mithin Regierungen unter gegebenen Bedingungen des globalen Kapitalismus überhaupt noch imstande, die genannten Güter für ihre Bevölkerungen und mithin Wähler herzustellen? Machen wir uns nichts vor: das „*Ende der Geschichte*“, das Francis Fukujama 1989 kommen sah und das den ewigen Siegeszug von Demokratie und Marktwirtschaft verheißen hat, hat sich nicht eingestellt. Während die westlichen Staaten sich zur „Demoktur“ verbiegen, kombiniert China Marktwirtschaft und Autoritarismus, hat aber etwa gleiche Zustimmungsraten seiner Bürger zum System wie im Westen: die meisten Chinesen fühlen sich nicht unterdrückt, auch wenn sie im westlichen Sinne nicht frei sind.

Muss die Demokratie im Westen „simuliert“ werden, weil wir uns das nicht eingestehen können, wir also die Form der Demokratie krampfhaft aufrechterhalten *wollen*, auch wenn sie in ihrer Funktion längst entkernt ist? Oder weil wir die Form der Demokratie aufrechterhalten *müssen*, weil wir die andere Variable – den Kapitalismus – nicht ändern können? Woran die Frage anschließt: Könnten basisdemokratische Demokratieförmlichkeiten, z.B. Bürgerversammlungen, daran – also an der strukturellen, kapitalistischen Entkernung der Demokratie – irgendetwas ändern, solange sie keinen Zugriff auf die Produktivmittel der Gesellschaft haben? Kurz: reicht *Partizipation* oder ist Partizipation nur die neue Form der neoliberalen Agenda, ein neues Sandmännchen für den bürgerlichen Dornröschenschlaf?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir einen kurzen Umweg über den Begriff der Souveränität gehen. Von jeher genießt der Begriff des Souveräns einen Stellenwert, als sei er der G-Punkt der Demokratie: feierlich beschworen, geduldig umworben. Abgeordnete verwenden den Begriff der Souveränität, um ihre Positionen zu legitimieren. Dabei liegen seine Ursprünge in einem anders gearteten System: im Absolutismus französischer Prägung. Dort war der König als alleiniger Inhaber der Staatsgewalt *Le Souverain*, wörtlich «der Darüber-Gelegene». Auch Jean Bodin bemühte sich 1586 in seinen *Six Livres de la République*, auch wenn er mit dem Begriff der Republik schon auf einer interessanten Spur war, die Souveränität letztlich beim König zu vermuten.

Wer den Souverän im Singular anruft, als Instanz der Wahrhaftigkeit, vereinfacht die gesellschaftliche Realität und wiegt seine Gefolgschaft im Glauben, Teil eines homogenen Ganzen zu sein. Der Anspruch, diesen Singular zu kennen und über ihn zu verfügen, ist vermessen und sogar undemokratisch. Nicht umsonst notiert der Bremer Politikwissenschaftler Philipp Manow in seinem ausgezeichneten Buch „*Die (Ent-)Demokratisierung der Demokratie*“, dass die liberale, parlamentarisch-repräsentative Demokratie *à la* John Locke das Volk nur als abstrakte Größe kennt oder kennen will –

gemeinhin Wahlvolk oder eben Souverän genannt. Mit dem realen Volk in seiner physischen Präsenz als Straße oder „Mob“, also der körperlichen Verdinglichung der *Vox Populi*, möchte die repräsentative Demokratie auf keinen Fall in Berührung kommen möchte. Was so schlecht nicht ist, denn die Mehrheit der Straße kann manchmal sehr dumme Dinge wollen.

Dass staatliches Handeln je in vollem Einklang mit dem Volkswillen – *la volonté de tous* - stehen könnte, ist eine totalitäre Fantasie diktatorischer Regime. Es suggeriert eine Geschlossenheit des Volkswillens, die keine gesellschaftliche Realität ist, sondern eine politische Konstruktion. Mit seinem berühmten Satz, «Souverän ist, wer über den *Ausnahmestand entscheidet*», hat der deutsche Staatsrechtler Carl Schmitt die Argumentation umgedreht – nicht von der Kompetenz zum Handeln schließt er, sondern vom Handeln zurück auf die Kompetenz.

Dieser – nennen wir sie einmal herrschaftliche – Variante des Souveränitätsbegriffs hat Hannah Arendt in den 1960 Jahren den Stecker gezogen, als sie in ihrer „*Politischen Grammatik des Gründens*“ formulierte: „So we see that if men wants to be free, ist precisely sovereignty that he needs to let go“.¹

Freiheit ohne Souveränität? Wie soll das denn gehen? Und das aus dem Munde einer liberalen Theoretikerin wie Hannah Arendt? Der Satz verwundert, legt aber eine interessante Fährte. Arendt geht davon aus, dass kein Mensch alleine leben kann, das das „inter-esse“ – das „Zwischen-sein“ das politische Zusammenleben strukturieren müsse. Vor diesem Hintergrund kann niemand frei und souverän zugleich sein. Eine freiheitliche Gesellschaft kann und muss deswegen über die *Herrschaft des Rechts* - und nicht durch die *Herrschaft eines Souveräns* – organisiert werden, egal ob Volk oder Staat. Die Herrschaft des Rechts, dem sich alle unterwerfen, bezeichnet man gemeinhin als Republik, weswegen das Republikprinzip das oberste Verfassungsprinzip ist.²

Leider ist hier weder die Zeit, noch der Ort, um auszubuchstabieren, dass Hannah Arendt als liberale Denkerin - man möchte es kaum vermuten – Räte-Republiken mehr abgewinnen kann als „liberalen Demokratien“.

Womit wir beim Kern des Problems sind: vielleicht ist die Crux im *Liberalismus*, nicht in der *Demokratie* zu suchen? Der amerikanische Politikwissenschaftler Yasha Mounk hat die Frage gestellt: geht es um „*illiberal Democracy or undemocratic Liberalism?*“, um illiberale Demokratie oder um undemokratischen Liberalismus? De facto - das wollen wir uns nicht so gerne eingestehen - geht es eher um undemokratischen Liberalismus, so wie er etwa in den Governance-Strukturen der EU daherkommt, die aber offiziell nicht in Frage gestellt werden dürfen, während Victor Orban, Erdogan oder auch Putin – die ich hier: **Disclaimer** – nicht schönreden möchte! – im Wortsinn illiberale Demokraten sind, also mit demokratischer Mehrheit gewählt, aber nicht liberal im westlichen Sinn, weil sie z.B. – siehe die PiS in Polen - Lebensmittelmarken verteilen oder – siehe Fides in Ungarn – Nahrungsmittelpreise staatlich subventionieren. Die spannende Frage ist nun: ist ein illiberaler Eingriff in das Wirtschaftsgeschehen zur Sicherung sozialer Standards demokratisch verboten? Natürlich nicht!

Liberalismus hat als solches eigentlich keine große politische Traditionslinie in Europa. Vielleicht liegt das daran, dass der Liberalismus kein Konzept von Sozietas oder von *Communitas* hat, von Gemeinschaft also, nach der sich heute alle sehnen, während sowohl

¹ Hannah Arendt, *Die politische Grammatik des Gründens*, Leinebögen, Hannover 2016

² Karsten Nowrot: *Das Republikprinzip als oberstes Verfassungsprinzip*, Siebeck-Mohr, Tübingen 2013

die politische Rechte wie auch die Linke genau das anbieten: im respektive nationalen oder im demokratischen Sozialismus.

Nur für die Diskussion möchte ich hier erwähnen, dass der Begriff der Republik, das Juwel der europäischen Geistesgeschichte, durch seine in der französischen Revolution entstandene Verknüpfung von *égalité* und *liberté*, die beide nicht absolut, sondern in ein Spannungsverhältnis zueinander gesetzt werden, eine Lösung bieten könnte. Republik – ins englische 1647 durch die Putney Papers übersetzt mit Common Wealth, dem gemeinsamen Wohl - heißt im Grunde genommen dafür zu sorgen, dass das Kapital eben nicht durchregieren kann, weder direkt noch sublimiert. Darauf wird zurückzukommen sein, wenn es um die in Bürgerversammlungen simulierte Demokratie geht, die inzwischen auch fest in den Händen von Kapitalinteressen sind.

“Democracy is of the People, by the People, for the people”, das ist die wohl meistzitierte Definition von Demokratie von U.S. President Abraham Lincoln in seiner Gettysburg Address vom 19. November 1863. Die parlamentarische Demokratie kann dieses Versprechen, so viel ist schon klar, nicht mehr einlösen.

Jüngere politikwissenschaftliche Studien in den USA haben über einen Beobachtungszeitraum von 20 Jahre amerikanischem Gesetzgebungsprozess im *House of Representatives* eindeutig gezeigt: zu Gesetzen werden nur jene Gesetzesentwürfe, die von Big Data und Big Business ins Repräsentantenhaus eingebracht werden. Nicht diejenigen von *Grass-Root*-Bürgerinitiativen. Ergo heisst es in dem Text als *Conclusio*: *“If Democracy is of the People, by the People, for the people, then the US is no democracy”*. Im Gegenteil entspricht die US-Demokratie – wie wohl die meisten westlichen Demokratien - dann genau jener Definition, die ich zu Beginn dieses Vortrags schon einmal zitiert habe, nämlich von *Demokratie als einem perfekten Selbstbedienungsladen, der meritokratischen Eliten mit asymmetrischem Machtzugang erlaubt, ihre Spielchen so spielen, dass das Geld über geschickte, dissimulierte Beeinflussung von Gesetzgebungsverfahren in die eigene Taschen fließt, weswegen das Volk in der Demokratie, bitteschön, nur als abstrakter Souverän vorkommen darf, nicht jedoch in seiner physischer Materialisierung. Die sogenannte „liberale Demokratie“ bietet große Spielräume für Lobbyisten und ermöglicht eine Politik, die sich größtenteils der diversen kapitalistischen, ökonomischen Prozesse entzieht, also abseits von ihr stattfindet.*

Die Pandemie ist für die Entkoppelung des politischen bzw. simuliert demokratischen Prozess vom kapitalistischen Prozess ein Beispiel *par excellence*. Laut Oxfam-Bericht von 2022 ist das Vermögen der „Milliardärsklasse“ während der Pandemie auf Rekordniveau angestiegen. Inzwischen gibt es weltweit 537 Milliardäre mehr als noch im Jahre 2020. Insbesondere dank milliardenhoher öffentlicher (Förder-)Gelder – Stichwort: *Selbstbedienungsladen meritokratischer Eliten* - sind beispielsweise vierzig neue Milliardäre aus dem Bereich der Pharma-Industrie hinzugekommen. Das Vermögen auf der Welt ist inzwischen so verteilt, dass die reichsten zehn Männer mehr besitzen als die ärmsten 40 Prozent der Weltbevölkerung zusammen.

Von Hannah Arendt's als Sinn der Politik formuliertem Paradigma, dass es im 21. Jahrhundert darum gehe, eine Welt zu schaffen, in der alle *„ohne Zwang und ohne Not seien“*, scheint die Welt also weit entfernt. Anstatt das Kapital in seine Schranken zu verweisen – die Kernaufgabe republikanischer Staatlichkeit – beschränkt sich die simulative

Demokratie darauf, die passende Inszenierung dafür zu schaffen, damit der Durchgriff des Kapitals – z.B. in Form von BioTech-Impfstoffen – plausibel und notwendig erscheint, während die Politik sich in ihrer Gestaltung auf Nebenkriegsschauplätze beschränkt, etwa auf die Frage, wie viele Kinder unter 14 Jahren auf dem Weihnachtsfest sein dürfen.

Karin Pistor hat in ihrem Buch „*The Code of Capital*“, *Der Code des Kapitals. Wie das Recht Reichtum und Ungleichheit schafft*, 2019 eine großartige Studie vorgelegt, die die meritokratische Steuerung der amerikanischen Demokratie anhand vielfältiger Beispiele nachgezeichnet. Antoine Vauchez, ein guter Freund von mir, hat selbiges in seinem Buch „*The Neoliberalization of the French Republic*“ für die Französische Republik getan: um nur eine Zahl heraus zu picken: zwischen 1948 und 2004 hat sich die Zahl der sogenannten „*cross over elites*“, also die Zahl der französischen Beamten, die in der berühmten ENA – *Ecole Nationale d'Administration* - eigentlich für den Staatsdienst ausgebildet werden, nur um dann in eine private *Law Firm* zu wechseln, um fast 300% vervielfacht, wobei diejenigen, die das tun, ihr Gehalt vom Staatsdienst zur Law Firm meist verdreifachen. Mindestens. Man beachte semantisch, dass im Begriff *Law Firm* im Gegensatz zur klassischen *Anwaltschaft* die Kapitalisierung des Rechts, die Idee also, dass man als Firma Recht gleichsam produzieren und mithin kaufen kann, schon durchschimmert.

Kurze Fußnote: 87% dieser *Cross-over*-Eliten sind, zumindest in Frankreich, wiederum Männer. Es ist also zumindest statistisch so, dass der Ausverkauf des Rechts und mit ihm des Rechtsstaates eine männliche Angelegenheit ist. Ich verzichte an dieser Stelle darauf, dies in eine feministische Theorie zu packen.

Es ist nicht verwunderlich, dass sich Volkes Unmut gegen einen derartigen Ausverkauf – oder die kapitalistische Unterspülung - von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit regt, wenn auch die Bundesrepublik mit dem Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ nicht mehr angemessen beschrieben werden kann. Wo der einstige „Rheinische Kapitalismus“ (Michel Albert) zum Neoliberalismus wurde, wählen viele Bürger – sehr demokratisch – sogenannte illiberale Parteien, gerne auch Populisten genannt. Der soziale, aber oft als rassistisch geframte Unmut kommt zudem in Form der Forderung nach Partizipation oder Basisdemokratie daher, siehe die Partei „Die Basis“. Hauptsache Partizipation, so könne man meinen, dann ist alles demokratisch.

So gelten Bürgerräte oder Bürgerversammlungen inzwischen oft als Allheilmittel der kränkelnden Demokratie. Die Bundesrepublik ist damit übrigens eher spät am Start: Belgien, Frankreich, aber auch Island, Großbritannien oder Kanada haben schon umfangreiche Erfahrungen mit Bürgerräten, und auch die EU, die zwischen 2021 und 2022 tausende von europäischen Bürgern aufwendig zur Zukunft der Europäischen Demokratie befragt hat. Diese Befragung hat im Übrigen im Mai 2022 49 Bürgervorschläge hervorgebracht, zum Teil sehr vernünftige, die der Europäische Rat, also die Vertretung der Europäischen Staaten, allerdings in der darauffolgenden EU-Ratssitzung unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ kommentiert hat mit den Worten: „*Der Europäische Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Europäischen Bürger Vorstellungen zur Zukunft Europas entwickelt haben.*“ Was sollen europäische Staats- und Regierungschefs auch mit einem Bürgerwillen anfangen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

es ist nicht meine Absicht, zynisch zu sein, sind wir doch offensichtlich in einer gesellschaftlichen Suchbewegung, die die Krise der Repräsentation zu lösen, also die Frage, wer entscheidet in einer Demokratie? Die Bürger in der Bürgerversammlung oder das Parlament, wobei ja das Parlament eigentlich die Vertretung der Bürger ist? Selten wird darauf hingewiesen, dass Bürger sich in ihrer politischen Repräsentation nicht verdoppeln können, also nicht gleichzeitig über ein Parlament und über eine Bürgerversammlung vertreten werden können. Was wäre wenn z.B. das Parlament die Entscheidung einer Bürgerversammlung nicht gutheißen würde, wenn also z.B. das Europäische Parlament gegen ebenjene 49 Vorschläge stimmen würde, die die europäischen Bürger in ihren vier *Citizens Assemblies* entwickelt haben? Wer wären dann die „richtigen“ Bürger, deren Entscheidungen man zu folgen hätte?

Die bundesdeutsche Bürgerversammlung „Ernährung im Wandel: Zwischen Privatangelegenheit und staatlichen Aufgaben“ soll sich seit September 2023 mit Fragen wie Tierwohl, Nachhaltigkeit, Besteuerung, Transparenz, Ernährungsbildung, Abfallvermeidung und Regulierungsmöglichkeiten beschäftigen. Darüber kann der Bundestag vielleicht noch getrost hinwegsehen, zumal er am Ende eh die Bürgervorschläge prüfen und darüber entscheiden wird, nicht die Bürgerversammlung selbst. Aber wenn sich die nächste Bürgerversammlung mit Rentenreform, dem Steuersystem, der Frage der Zuwanderung oder dem Einsatz der Bundeswehr befassen wollte: was würden die Parlamentarier sagen?

Es drängt sich also der Verdacht einer demokratischen Beschäftigungstherapie auf, ein Sedativ für besorgte Bürger. Zumal welche Bürger? Losverfahren hin oder her: es ist bekannt, dass in Bürgerversammlung selten *alle* Bürger oder auch nur ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung sitzt. Die alleinerziehende Mutter, die sich um 19h keine Kinderbetreuung leisten kann, der Obdachlose, der strukturelle Analphabet, der fürchtet, sich nicht angemessen ausdrücken zu können oder die Hartz-VI-Empfängerin, die glaubt, sie habe nicht die passende Kleidung für eine Sitzung in der Bürgerversammlung: sie alle tauchen trotz zufallsgenerierter Losverfahren in den Bürgerversammlungen nicht auf; der golfspielende Millionär allerdings auch nicht.

Bleiben wir bei der Bürgerversammlung zur Ernährung. Zunächst wurden anhand eines Quotensystems 84 Städte und Gemeinden ausgewählt. Dann erhielten 20.000 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürger aus diesen Gemeinden eine Einladung zur Teilnahme an dem Bürgerrat. Gut 2.000 zeigten daran Interesse: 10%. Das heißt aber auch, dass 90% der Bürger, egal wie schlimm die Bedrohung der Demokratie derzeit ist, lieber Tatort schauen oder Yoga machen, was ihnen auch niemand vorwerfen kann. Die 10% wurden dann ziemlich penibel kategorisiert, nach Bundesland, Gemeindegröße des Wohnorts, Alter, Geschlecht, höchster Bildungsabschluss und Einstellung zu einer themenbezogenen Frage. Letzteres diente dazu, etwa eine Über- oder Unterrepräsentanz von Vegetariern und Veganern zu vermeiden. Aus diesen Daten stellte ein Algorithmus dann 1.000 mögliche Zusammensetzungen des Bürgerrates zusammen, die den jeweiligen Anteilen an der Gesamtbevölkerung entsprechen sollten. Interessant an den Metadaten der Selektion ist, dass sie auf alles mögliche zielen, nur nicht auf die soziale Repräsentanz, weil es inzwischen verpönt oder tabuisiert ist, die soziale Frage überhaupt zu stellen. Hauptsache genug Frauen, Diverse oder Queere, dann ist die gesellschaftliche Repräsentanz gesichert, auch wenn die soziale Schere damit kaschiert wird. Insofern trifft auf die Bürgerversammlung dasselbe Manko zu wie auf die Parlamente: seit Jahren redet man über den unzureichenden Frauenanteil des Bundestags, der bei gut 30% stagniert. Kaum jemand aber redet über den

mangelnden Anteil an sozial Schwachen im Bundestag, der niemanden interessiert. Wenn eine Frau ein Mandat erzielt, dann ist es selten eine Bäckerfrau, sondern Anwältin ersetzt Anwalt. Kurz: die Bürgerversammlung reproduziert in weiten Teilen jene meritokratischen Eliten, die in den Parlamenten so enttäuschen.

Aus empirischen Studien weiß die Politikwissenschaft ferner, dass:

1. Bürgerversammlungen nur in umgrenzten Räumen und umgrenzten Themen funktionieren (also z.B. lokalen Abstimmungen über eine Umgehungstraße);
2. Dass die Ergebnisse nur brauchbar sind, wenn die Partizipierenden auch in Haftung stehen, wenn sie also das Ergebnis verantworten, weil sie mit ihm Leben müssen;
3. Dass wirklich systemändernde Ergebnisse nur dann zustande kommen, wenn diejenigen Bürger, die in einen Bürgerrat gewählt werden, um eine maßgebliche Entscheidung zu treffen, diese nur dann treffen, wenn sie für die Zeit ihrer Tätigkeit im Bürgerrat a.) beruflich freigestellt und finanziell entschädigt werden, b.) nicht von Wahlen oder Wiederwahl abhängig sind; c.) eine Garantie haben, nach ihrer Tätigkeit im Bürgerrat auf ihren angestammten Arbeitsplatz zurück zu kommen und d.) das Mandat des Bürgerrates tatsächlich weit und unabhängig ist, dieser also weder von Beratern noch bestehenden Gesetzen eingeengt ist. Auf diese Art und Weise wurde zum Beispiel in Kanada in den 1990er Jahren die Mitbestimmung der kanadischen Regionen an der kanadischen Zentralregierung tatsächlich umfassend reformiert. Auch Emmanuel Macron hat seinem „Bürgerrat zum Klima“ zu Beginn ausrichten lassen: *Was Sie entscheiden, wird Gesetz*, weswegen dieser französische Bürgerrat im Gegensatz zur britischen Variante, der engmaschig von Regierungsberatern umsäumt war, recht engagiert und gut gearbeitet hat.

Kurz: Vertrauen, Unabhängigkeit, Finanzmittel und Entscheidungsfreiheit sind die Erfolgskriterien für Bürgerräte und es ist nicht so, dass es nicht gute und funktionierende Beispiele dafür in der neueren Geschichte gibt, z.B. auch die irische Bürgerratsentscheidung über die Abtreibungsgesetze. Nicht alles ist also „*simulative Demokratie*. Aber wenn es ums Geld geht, hört der Bürgerwille auf. Volksentscheide auf kommunaler oder auf Landesebene wurden und werden bei Bedarf entweder für unzulässig erklärt oder ignoriert, wie zuletzt in Berlin beim erfolgreichen Volksentscheid zur Vergesellschaftung großer Immobilien- und Wohnungskonzerne. Sogar nach langen Auseinandersetzungen erstrittene, gesetzlich verankerte Beteiligungs- und Klagerechte werden gekippt, wenn es ans Eingemachte geht, wie aktuell bei den Genehmigungsverfahren für die LNG-Terminals in der Ostsee, für die auch noch das Umweltrecht teilweise außer Kraft gesetzt wurde.

Es muss also dafür gesorgt werden, dass Bürgerräte, die ja „*der Entfremdung von Bürgern und Politik entgegenwirken*“, „*Brücken bauen*“ oder die „*Rückkopplung mit den Menschen*“ garantieren sollen, nicht zur Demokratie-Burleske verkommen, letztlich der Legitimierung von Kapitalinteressen dienen und mithin zur Neutralisierung von Kritik führen. Denn wenn die Bürger *partizipieren*, können sie später ja nicht gegen ihre eigenen Entscheidungen sein.

Wenn es überhaupt ihre eigenen Entscheidungen sind. Denn meistens wird in diesen Bürgerversammlungen nichts dem Zufall überlassen. Das engmaschige Auswahlssystem kann wohl kaum als „Zufallsprinzip“ oder „Bürgerlotterie“ beschrieben werden. Dazu wird die hand- bzw. KI-verlesene Teilnehmerschar von einem sehr imposanten Apparat betreut und

gelenkt. Der Bundestag hat dafür eine eigene Stabsstelle und einen wissenschaftlichen Beirat eingerichtet. Zusätzlich wurde eine Art Konsortium aus drei Beratungsfirmen, einer Eventagentur und einer Kommunikationsagentur beauftragt. Zu den Aufgaben dieser Armada gehören u.a. die „Strukturierung“ der Arbeit des Bürgerrats und die Bereitstellung professioneller Moderatoren, womit schon einmal klar ist, dass Bürger weder strukturieren noch moderieren können.

Der vom Bundestag eingesetzte Beirat soll die externen Dienstleister „bei der Zusammensetzung der Experten“ beraten. Nicht vorgesehen ist, dass der „Bürgerrat“ auch selber Experten benennen kann. Es könnten die Falschen sein? Schaut man auf die gesamte Inszenierung, dann kann man wohl mit Fug und Recht behaupten, dass die Bürger hier zu einer Statisten-Rolle degradiert werden. Im Bundeshaushalt 2023 stehen für diese demokratische Simulation derzeit drei Millionen Euro zur Verfügung, wobei die 160 Bürger-Statisten, die die Hauptrolle spielen, am preisgünstigsten sind: Die freiwilligen Teilnehmer erhalten eine Aufwandspauschale von 100 Euro pro Sitzung in Präsenz (insgesamt drei) und 50 Euro pro Sitzung in digitaler Form (insgesamt sechs), zuzüglich eventuell anfallender Reisespesen. Der Löwenanteil der budgetierten 3 Millionen dürfte an die externen Beraterfirmen, gehen, womit gesagt ist, dass die Bürgerversammlung ein weiteres Element zur Kapitalisierung demokratischer Prozesse ist. Diese Demokratie-Simulation führt dann dazu, dass dem Gesetzgebungsverfahren – in diesem Fall im Ernährungsbereich - kein Lobbyismus unterstellt werden kann. Anders formuliert: So wie Universitäten heute durch Drittmittel gelenkt werden, die de facto sublimierte Zensur sind – was nicht geforscht werden soll, wird nicht gefördert - so wird der demokratische Prozess inzwischen durch Bürgerversammlungen gelenkt, die de facto sublimierter Lobbyismus sind. Der Kultursoziologe Thomas Wagner nannte das schon 2013 „*Die Mitmachfalle: Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument*“. Den jeweiligen organisatorischen und inhaltlichen Rahmen definieren staatliche Stellen, von ihnen finanzierte „zivilgesellschaftliche Gruppen“ oder von großen Unternehmen gegründete Stiftungen. Dadurch wird die Richtung des jeweiligen Dialogs vorgegeben und eine konfrontative Strategie weitgehend ausgeschlossen. Hauptziel bleibt die Legitimierung der eigenen Politik, wobei Kritiker in Beteiligungsformaten zu wichtigen Ressourcen werden, um das eigene Handeln besser zu verpacken.

Deswegen zum Abschluss nur ein paar wenige theoretische Betrachtungen:

Dem Kapital ist es relativ egal, ob es Demokratie, Totalitarismus oder Faschismus gibt, Hauptsache es gibt keinen Sozialismus oder Kommunismus. In seinem Buch „*The Economic Origins of Dictatorship*“ beschreibt der türkische Harvard Ökonom David Acemoglu (der übrigens am 15. November in Berlin einen Forschungspreis des WZB bekommt) nüchtern, dass das Kapital solange Demokratie zulässt, solange Demokratie preisgünstiger ist als andere Regierungsformen. In den Jahrzehnten, in denen das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit noch so war, dass das Kapital die Arbeiter brauchte, also im 19. Jahrhundert, im Zeitalter der Industrialisierung bis hin zu ihrer Fordistischen Variante in den 1950er Jahren, so lange kam das Kapital nicht ohne den Faktor Arbeit aus und eine Unterdrückung großer Bevölkerungsteile, die noch physischer Natur sein musste, war schlichtweg zu teuer.

Im Zeitalter des „digitalen Überwachungskapitalismus“ (Suzanna Zuboschoff) sowie der Algorithmsgesellschaft sieht das möglicherweise anders aus. Robotics, ChatGPT oder KI sind die Vorboten einer Gesellschaft, in der nicht nur schwer zu definieren ist, was eigentlich noch „Arbeit“ ist und ob Roboter eigentlich Wert schöpfen können (natürlich nicht!), in der aber digitale Überwachung sehr einfach und preisgünstig organisiert werden kann.

Wir haben, das wäre meine sehr schlichte Empfehlung zum Abschluss, m.E. deswegen etwas anderes zu tun, als in Bürgerversammlungen zu sitzen und zu partizipieren. Wir müssen *Bürgerrechte*, das Individuum und seine Würde verteidigen, und zwar unabhängig vom Beitrag der Person zur gesellschaftlichen Wertschöpfung. Es geht um bürgerliche *Rechte*, nicht um *Partizipation*. Die eigentliche Frage ist die, wie die Bürger wieder in den Besitz der Produktivmittel kommen können, so dass die Akkumulation wieder der Gesellschaft in Form von öffentlichen Gütern – *res publica* – zugutekommt und nicht nur einigen Wenigen. Und dies kann, konträr zur aktuellen Diskussion, in der alle eines übergriffigen Staates überdrüssig sind, eigentlich nur durch einen starken, aber *dezentralen*, föderalen Staat passieren, und zwar durch einen Staat, der die Bürger vor dem Durchgriff des Kapitals schützt. Basisdemokratie oder Bürgerversammlungen nützen hier wenig und sind m.E. Ablenkungsmanöver vom Eigentlichen.

Aktuelle Debatten, die z.B. das Wahlrecht an Arbeit – also die „Nützlichkeit“ der Person für die Wertschöpfung der Gesellschaft – binden, in dem etwa gefordert wird, dass Bezieher von Bürgergeld perspektivisch kein Wahlrecht mehr haben sollen, sind die Vorstufen von nichts anderem als einer refeudalisierten Gesellschaft und damit dem Gegenteil einer Republik. Selten war es m.E. so wichtig, sich des ersten Satzes der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zu erinnern, dass nämlich *„alle Menschen geboren frei und gleich an Würde und Rechten“* sind“.

Darum zitiere ich zum Abschluss Jean-Jacques Rousseau:

„Das Bürgerliche Leben begann, als einer um sein Land einen Zaun zog, wo doch die Früchte der Erde allen, die Erde aber niemandem gehört“. Womit ich sagen möchte, dass es vielleicht sinnvoller wäre, mehr über die Zukunft der Republik als über die Zukunft der Demokratie zu nachzudenken.